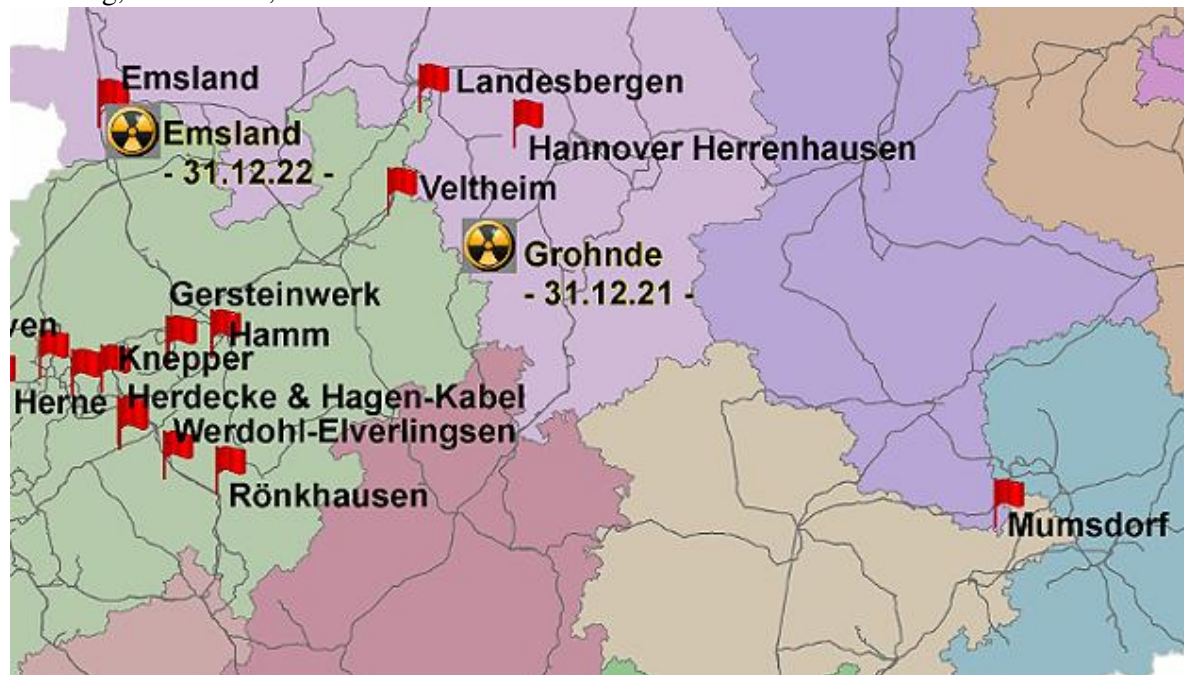


Drucken

E.on spaltet Kraftwerke ab

48 Milliarden für AKW-Rückbau: Am Ende blutet wieder der Steuerzahler

Dienstag, 02.12.2014, 20:13



FOCUS Online/Wochit Hier sollen Kraftwerke vom Netz gehen

Der Energieriese Eon trennt sich von seinen nicht-erneuerbaren Energien - und befeuert damit auch eine andere Debatte: Kritiker befürchten, dass am Ende der Steuerzahler für den Atomausstieg geradestehen muss - weil das zurückgelegte Geld nicht reicht.

Die [Trennung des Energieriesen Eon von Kohle, Gas und Atomstrom](#) bringt ein umstrittenes Thema neu auf die Tagesordnung: die Atomrückstellungen der Energiekonzerne. Die müssen Reserven anlegen, um den Ausstieg aus der Atomenergie zu finanzieren. Das Geld soll für den Abbau der Kraftwerke und für die Entsorgung des Atommülls genutzt werden.

Insgesamt **36 Milliarden Euro** hatten die vier großen Konzerne Eon, Vattenfall, RWE und EnBW dafür Ende 2013 zurückgelegt. Wie Eon gestern bekannt gab, gehen die 14,5 Milliarden Euro schweren Atomrückstellungen des Konzerns komplett auf die neu zu gründende Gesellschaft über.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel beeilte sich zu betonen, dass die Umstrukturierung bei Eon weder Jobs noch die Milliarden-Atom-Rückstellungen gefährde. Sorgen, dass Eon sich beim Atomausstieg aus der Verantwortung stehlen könnte, seien unbegründet.

"Die rechtlichen Instrumente greifen nicht"

Kritiker befürchten jedoch, dass die Aufspaltung des Konzerns den Atomausstieg gefährden könnte - oder zumindest seine Finanzierung. Schließlich sei nicht klar, inwieweit der neue Konzern haften müsse, falls es zu höheren Kosten komme, sagt Thorben Becker, Atomkraftexperte des Bundes Naturschutz (BUND): "Die rechtlichen Instrumente, die wir heute haben, greifen da nicht." Beckers Befürchtung: "Im Notfall wird der **Steuerzahler** haften müssen."

Auch die frühere NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn warnt: "Ich befürchte, dass Eon eine **Bad Bank** für seine sieben Atomkraftwerke schafft, die von den Steuerzahlern gerettet werden muss."

Studie: Eher 48 als 36 Milliarden Euro

Dass der **Rückbau der Kernkraftwerke** mehr kosten könnten als die veranschlagten 36 Milliarden Euro, vermuten viele Branchenkenner. So kam etwa eine [vom BUND beauftragte Studie](#) des Forums ökologisch-soziale Marktwirtschaft (FÖS) im September zu dem Ergebnis, dass Kosten von etwa **48 Milliarden Euro** weitaus realistischer seien.

Die Studie beruft sich auf bereits abgeschlossene Rückbauten in Deutschland sowie auf Beispiele aus anderen Ländern. Demnach kostet etwa die Demontage des **Kernkraftwerks Stade** wesentlich mehr als zuvor geplant. So sei der Rückbau noch nicht einmal abgeschlossen, geschweige denn die Reste entsorgt, das Geld jedoch bereits fast aufgebraucht.

"Das Problem ist, dass niemand weiß, wie viele Rückstellungen wirklich nötig wären, weil es nie eine unabhängige Kostenschätzung gegeben hat", kritisiert BUND-Mann Becker. Eine unabhängige Prüfung sei aber dringend nötig, damit die Konzerne genug Rücklagen bildeten.

Nicolas Wendler vom Deutschen Atomforum betont hingegen: "Den größten Teil der Kosten können die Energiekonzerne gut einschätzen." Für die Stilllegung von Kraftwerken gebe es immerhin genug Erfahrungswerte. Doch auch Wendler räumt ein: "Die endgültigen Kosten der Endlager sind schwieriger einzuschätzen."

Eine günstige Geldanlage - steuerfrei

Die FÖS-Studie kritisiert auch die Art der Atomrückstellungen. So sei ein Großteil des Geldes nicht frei verfügbar, sondern fest angelegt, etwa in Unternehmensanleihen.

Ein weiterer Kritikpunkt: So sind die Rücklagen nicht nur Verpflichtung, sondern eine günstige Geldanlage - und das steuerfrei, wie die Kritiker betonen.

Sie fordern schon lange, dass die Rückstellungen am besten in einem **Fonds** angelegt würden, so wie es auch in anderen Ländern der Fall ist. Die vier Energieriesen hatten hingegen im Mai vorgeschlagen, eine Stiftung zu gründen.

Dieser Vorschlag wurde jedoch von Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) zurückgewiesen: „Im Grundsatz muss es dabei bleiben, dass die Unternehmen die Verantwortung für die Entsorgung von Atommüll tragen.“

Video: Warum sich alle vor einem neuen Klima-Deal drücken

as/mit Material der dpa

© FOCUS Online 1996-2014

Drucken

Fotocredits:

Bundesnetzagentur

Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet oder sonst genutzt werden.